

Resilienz – Zwischenbilanz

Im Juni 2020 hat der Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft seine Empfehlungen *Resilienz – Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie* formuliert. Hier zieht er eine erste Bilanz.

Rückblick auf ein Jahr Corona-Pandemie

Im Juni 2020, kurz nach dem Ende des ersten Lockdowns in Deutschland, hat der Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft seine Handlungsempfehlungen *Resilienz – Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie* veröffentlicht. Dies erfolgte in der klaren Erwartung, dass die erste Welle zwar abgeebbt, die Pandemie aber noch längst nicht überwunden sei, und zudem eine höhere Resilienz auch angesichts verschiedener sonstiger Bedrohungsszenarien dringend geboten ist.

Ein Dreivierteljahr später ist ganz Europa wieder mehr oder weniger im Lockdown und erlebt eine zweite, beziehungsweise dritte, Welle unter dem Einfluss zwischenzeitlich stark verbreiteter Mutationen. Ein Jahr, nachdem die WHO Covid-19 offiziell zur Pandemie erklärt hat, lag die Anzahl der nachgewiesenen Infektionen weltweit bei fast 120 Millionen und die Zahl der offiziell registrierten Todesfälle bei mehr als 2,6 Millionen.

Die Corona-Pandemie hat die Weltwirtschaft in die tiefste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg gestürzt. Das globale Bruttoinlandsprodukt ist laut Berechnungen des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2020 um 3,5 Prozent gefallen. Zum Vergleich: Während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 hat er einen Rückgang um 0,1 Prozent ermittelt. In Deutschland ging die Wirtschaftsleistung um 4,9 Prozent zurück. Zahlreiche Wirtschaftshilfen konnten bisher noch größere Rückschläge verhindern. Angesichts des erneuten Lockdowns wird die gesamtwirtschaftliche Produktion zum Jahresbeginn 2021 wieder gebremst. Auch der Arbeitsmarkt wurde von der Corona-Krise erfasst, allerdings konnte das Instrument der Kurzarbeit in Deutschland einen größeren Beschäftigungsrückgang verhindern.

Eine wesentliche Hoffnung für die Überwindung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Krise gründet auf die in Rekordzeit – und unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Forscher*innen – entwickelten Impfstoffe. Die zügige weltweite Umsetzung der angelaufenen Impfkampagne spielt eine herausragende Rolle bei der Pandemiebekämpfung. Darüber darf allerdings die Arbeit an wirksamen Therapien nicht vernachlässigt werden.

Anders als noch im Sommer 2020 lässt sich allerdings nicht mehr sagen, dass wir besser durch die Krise kommen als andere. Nach wie vor tragen uns ein relativ gutes Gesundheitssystem und eine stabile wirtschaftliche Basis. An vielen Stellen werden in Deutschland aber

mittlerweile Umsetzungsdefizite sichtbar, die überwiegend darauf zurückzuführen sind, dass die Potenziale technologischer Lösungen und insbesondere der Digitalisierung im Dienst der Gesellschaft nicht konsequenter gehoben werden. Zu nennen sind etwa die nach wie vor fehlende flächendeckende Umsetzung vorhandener Konzepte für den Bereich der schulischen Bildung, organisatorische Schwächen rund um die Impf- und Teststrategie oder Erkenntnislücken aufgrund einer unzureichenden Datenerhebung und -nutzung, auch im Hinblick auf eine effektive Nachverfolgung des Infektionsgeschehens.

Einen großen Mehrwert können Technologien gerade dort für den Menschen entfalten, wo es darum geht, über den reinen Gesundheitsschutz hinaus auch andere Bedürfnisse – nach Nähe, Information, Zusammenarbeit oder sonstigen positiven Erlebnissen – zu befriedigen. Abschirmung ist für einen kurzen Zeitraum ein wirksames Mittel, muss dann aber durch Konzepte abgelöst werden, die ein verantwortungsvolles Handeln des Einzelnen unterstützen und erleichtern. Dies sollte differenziert nach der Gefährlichkeit bestimmter Situationen und gestützt auf technische Assistenzsysteme sowie technologische Innovationen erfolgen. Entscheidungen müssen nachvollziehbar getroffen und einschließlich der zugrundeliegenden Fakten transparent kommuniziert werden, um Vertrauen und Akzeptanz in der Gesellschaft nicht aufs Spiel zu setzen.

Insgesamt ist eine mittel- bis langfristige ganzheitliche Strategie für den Umgang mit Krisen dieser Art bislang kaum auszumachen. Sie bleibt als Basis für eine höhere Resilienz aber unabdingbar. Wir müssen entschlossen die Chance ergreifen, aus der aktuellen Krise zu lernen.

Empfehlungen teilweise aufgegriffen, Handlungsbedarf unverändert groß

Die Empfehlungen vom Juni 2020 haben auch vor dem Hintergrund eingangs skizzierter Veränderungen nach wie vor ihre Berechtigung. Mehr als die Hälfte der Empfehlungen wurde inzwischen teilweise aufgegriffen. Hervorzuhebende Einzelaspekte sind beispielsweise

- der deutliche Ausbau der Testkapazitäten, namentlich auch mit Schnelltests und mittlerweile auch von Laien durchführbaren Antigen-Tests,
- das Aufgreifen verschiedener Überlegungen zum Umgang mit Daten in der im Januar 2021 veröffentlichten Datenstrategie der Bundesregierung,
- eine neue Fraunhofer-Einrichtung für Immunologische Infektions- und Pandemieforschung am Standort Nonnenwald, Penzberg,
- weitere Fortschritte beim betrieblichen Infektionsschutz und der Umsetzung von Homeoffice-Lösungen und
- die „HighTech Agenda Plus“ des Freistaats Bayern, der inmitten der Pandemie auf eine Beschleunigung wichtiger Projekte in verschiedenen Schlüsseltechnologien (unter anderem Künstliche Intelligenz, intelligente Robotik, Clean Tech) setzt.

Das Aufgreifen der Probleme kann allerdings noch nicht mit ihrer Lösung gleichgesetzt werden. Teilweise stellt sich der Handlungsbedarf heute sogar als noch drängender dar. Viele wesentliche Umsetzungsschritte stehen noch aus.

Wichtige Beispiele sind

- die Abstimmung und Festlegung einer nationalen Forschungsstrategie,
- die Einführung einer flächendeckend vernetzten Software für die Kontaktnachverfolgung, das Monitoring der Impfungen und darüber hinaus eine deutliche Beschleunigung bei der Digitalisierung und Vernetzung der Einrichtungen des Gesundheitssystems sowie der Verwaltung insgesamt,
- zusätzliche Sequenzierungsmöglichkeiten, um neue Varianten und deren Verbreitung umgehend entdecken zu können, aber auch bei künftigen Ereignissen besser gewappnet zu sein,
- eine deutlich intensivere Nutzung verfügbarer Daten zur Gewinnung neuer Erkenntnisse im allgemeinen Interesse und als Basis für Entscheidungen und langfristige Strategien,
- ein verstärkter Einsatz technischer Assistenzsysteme und die ambitioniertere Weiterentwicklung digitaler Lösungen wie der Corona-Warn-App und
- die systematische Abbildung des wissenschaftlichen Fortschritts: Die Rolle der Aerosole etwa ist inzwischen besser verstanden, aber die entsprechenden Erkenntnisse müssen weiter vertieft werden und Eingang in die politischen Strategien finden.

Optimierungen in diesen Bereichen erleichtern in der aktuellen Situation auch die dringend erforderliche Beschleunigung der Impfkampagne. Sie stellt nach allgemeiner Auffassung einen ganz wesentlichen Baustein für die erfolgreiche Überwindung der Pandemie dar. Gleichzeitig wird es möglich, Strategien für eine weitgehende Rückkehr zur Normalität unter Wahrung des erforderlichen Schutzniveaus zu entwickeln, die auch für die Gewährleistung einer soliden wirtschaftlichen Basis als Kernelement einer resilienten Gesellschaft notwendig sind.

Präzisierungen, Erweiterungen, wichtige anstehende Schritte

Zu den wichtigsten zukunftsweisenden Schritten zählt, die **Produktionsverfahren und -bedingungen am Standort nachhaltig zu verbessern**. Eine globale Arbeitsteilung wird auch in Zukunft wichtig sein. Abhängigkeiten von essenziellen Gütern, wie aktuell im Bereich der Pharmaproduktion, können und sollten wir uns aber in Europa auf Dauer nicht leisten. Da eine Staatswirtschaft aber nicht das Ziel sein kann, muss es uns gelingen, das Produzieren vor Ort wettbewerbsfähig zu machen. Neben verschiedenen Kostenfaktoren sind es vor allem innovationsfördernde Bedingungen, auf die ein besonderer Fokus gerichtet werden muss – etwa bei den Abrechnungs- und Erstattungsverfahren im medizinischen

Bereich, aber auch generell bei jeder Form der staatlich organisierten Beschaffung. Automatisierungslösungen (Industrie 4.0) leisten einen zentralen Beitrag und müssen stärker gefördert werden, zumal solche Produktionsverfahren eine höhere Flexibilität ermöglichen und bei der Befriedigung kurzzeitig und kurzfristig auftretender Bedarfe helfen. Basis für diese und weitere Fortschritte sowie generell für eine höhere Resilienz ist eine deutlich höhere Geschwindigkeit beim Ausrollen digitaler Zukunftsprojekte. Eine Initiative für mehr Freiheit im Transfer kann Barrieren abbauen und den größtmöglichen gesellschaftlichen Nutzen von Spitzenforschung ermöglichen. Wir müssen ganzheitlich denken, Entwicklungen schneller im Einsatz testen und ihre Marktreife prüfen. Speziell für den medizinischen Bereich kann die Proof-of-Concept-Initiative insoweit Vorbild sein.

Digitale Souveränität darf nicht länger ein Schlagwort bleiben. Wir erreichen sie nicht über ethische Diskussionen rund um das Thema Künstliche Intelligenz oder kartellrechtliche Überlegungen zur Begrenzung der Marktmacht von großen Internetkonzernen. Es geht darum, Wachstum in anderen Dimensionen zu denken und zu unterstützen sowie Forschungsergebnisse am Standort zügig in weltweit erfolgreiche Innovationen umzusetzen. Basis dafür ist eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur, für die noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind. Die Hightech Agenda zielt in die richtige Richtung und muss mit mutigeren Instrumenten für die Förderung von Unternehmertum einschließlich Ausgründungen und Wachstum verknüpft werden. Dabei gilt es, alle Schlüsseltechnologien zu adressieren und vor allem innovative Ansätze aus der Grundlagenforschung schneller in die Praxis zu überführen. Das Beispiel der mRNA-Impfstoffe zeigt, dass es von enormem gesellschaftlichem Nutzen sein kann, wenn der Staat zielgerichtet Entwicklungs- und Markteinführungsrisiken übernimmt.

Die **Resilienzforschung** muss gezielt gefördert werden. Ziel ist es, Politik und Wirtschaft konkrete Instrumente an die Hand zu geben, um die Wirksamkeit und den ökonomischen Mehrwert von Resilienzinvestitionen nachweisen und sich daran bei Entscheidungen orientieren zu können. Dazu ist Resilienz messbar zu machen: Metriken und Indikatoren zur Bewertung müssen entwickelt werden. Damit einhergehen muss aber eine Intensivierung der technik- und ingenieurwissenschaftlichen Resilienzforschung. In Betracht kommt ein eigenständiges Querschnittsfach „Technologien zur Resilienzsteigerung“ oder auch „Resilience Engineering“, idealerweise etabliert an einem neuen Zentrum für Systems Engineering. Insofern kann auch auf die Handlungsempfehlungen *Klima 2030. Nachhaltige Innovationen* und *TechCheck 2019. Technologien für den Menschen* verwiesen werden. Die Wissenschaft kann den Staat bei der notwendigen Evaluierung des Gesamtkomplexes Corona-Pandemie und der Ausarbeitung, beziehungsweise Anpassung, der Strategien für den Umgang mit künftigen Krisen unterstützen.

Neue Technologien und wissenschaftliche Erkenntnisse verschiedener Fachrichtungen sind keine Mangelware und müssen in der Krisenbekämpfung eine noch größere Rolle spielen. Für die Stärkung des Krisenmanagements in der aktuellen Pandemie und als Basis für künftige Situationen dieser Art sollte umgehend eine interdisziplinär besetzte „**Task Force**“

eingrichtet werden. Ihr sollten neben Expert*innen aus dem Gesundheitsbereich unter anderem auch Vertreter*innen der Wirtschaft, Ökonom*innen, Bildungs- und Kommunikationsexpert*innen sowie Soziolog*innen und Ethiker*innen angehören, damit eine ganzheitliche Sicht gewährleistet wird. Auch Expert*innen für den Umgang mit Daten und Algorithmen müssen zu diesem Kreis zählen. Das Ziel sollte die Erarbeitung fundierter Diskussions- und Entscheidungsgrundlagen sowie Lösungsvorschläge für Parlamente und Regierungen auf Bundes- und Landesebene sein. Es geht darum, Richtungsentscheidungen im **Krisenmanagement** evidenzbasiert und ganzheitlich treffen und auch sachgerecht kommunizieren zu können, statt die Krise auf nachgeordneten Fachebenen zu verwalten.

Die **europäische Perspektive** muss gestärkt werden. Nach anfänglichen Reflexen wie Grenzschließungen haben die EU-Staaten im Laufe der Pandemie wieder zu mehr Miteinander zurückgefunden. Der Recovery Fund und das gemeinsame Vorgehen bei der Impfstoffentwicklung sind richtige Ansätze, zeigen aber zugleich, wie groß das Verbesserungspotenzial noch ist. Generell müssen Instrumente wie IPCEI (wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse) stärker genutzt werden, um wettbewerbsfähige Industrieökosysteme und die europäische Souveränität beziehungsweise eine Diversifizierung der Lieferquellen zu fördern.

Ansprechpartner

Christine Völzow

Geschäftsführerin Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-251
Telefax 089-551 78-249
christine.voelzow@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Dr. Christina Hans

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-135
Telefax 089-551 78-249
christina.hans@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de